

## Im Blickfeld

### Berufsstand in Sippenhaft

Geliebt wurden Banker wohl noch nie. Mehr gefürchtet als geachtet waren sie. Doch mit den Auswüchsen der Finanzkrise leidet das Image der Geldverleiher enorm und von maßgeblichen Multiplikatoren der öffentlichen Meinung werden sie unverhohlen ins kriminelle Milieu geschoben. So werden aus Bankern kurzerhand „Bankster“ und die Finanzwirtschaft wird mit einer Mafiaorganisation gleichgesetzt. Das Volk braucht einen Sündenbock. Braucht es den wirklich?

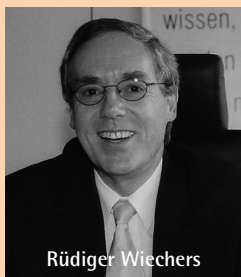
Löblicherweise sind die Sparer und Kapitalanleger in diesem Land besonnener als erwartet. Vielleicht verstehen viele auch nicht, was sich da auf den Kapitalmärkten abspielt oder eben nicht abspielt. Doch aus welchen Gründen auch immer, das Volk ist weit weniger verunsichert als die Finanzbranche. Das zeigt sich daran, dass trotz der Bankpleiten im Ausland und der Existenzbedrohungen einiger kapitalmarktorientierter Kreditinstitute im Inland die Einlagen Einlagen bleiben.

Zwar besinnen sich die Deutschen wieder darauf, dass Zinsen eben auch ein Preis für Risiko sind, doch werden die Spargroschen nicht aus dem System genommen. Vielmehr werden sie zu jenen Banken umgeschichtet, denen in der derzeitigen Lage mehr vertraut wird. Das sind vor allem Genossenschaftsbanken und Sparkassen. Daher ist es offensichtlich doch nicht das Sparvolk, das einen Sündenbock verlangt.

In Schuldzuweisungen üben sich vor allem jene, die um jeden Preis verhindern wollen, dass auch ihnen eine Mitverantwortung oder zumindest ein Mitversagen vorgeworfen werden kann. Davon ist die schreibende Zunft ebenso wenig auszunehmen wie die Politik. Waren es nicht Politiker und politische Beamte, die in Gremien und Kontrollorganen relevanter Kreditinstitute durchaus Einblick in die Geschäftspolitik der Banken und die Entwicklungen in den Märkten gehabt haben müssten? Und wankten nicht zuerst Institute, an denen die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt ist? Folglich richtet sich der Vorwurf, Bank-Manager hätten es an ausreichendem Verantwortungs-

bewusstsein fehlen lassen und seien von Gier getrieben, auch gegen die Eigentümer der Institute. Denn diese haben den Vorständen die Geschäftsziele vorgegeben und deren Bonifizierung festgelegt. Sich jetzt darüber aufzuregen, dass so gehandelt wurde, wie es verlangt war, ist verlogen. So ist es wohl auch nur wahltaktischem Populismus zuzuschreiben, dass sich im Finanzmarktstabilisierungsgesetz ein Passus findet, mit dem bei Inanspruchnahme des Rettungsfonds in die Vergütung der Bankmitarbeiter eingegriffen werden kann. Inwieweit das vertragsrechtlich überhaupt möglich ist, bedarf freilich im konkreten Einzelfall einer Klärung. Übrigens ist diese Regelung keineswegs nur auf die Organmitglieder beschränkt. Insoweit liegt hier wohl auch ein Eingriff des Staates in die Tarifautonomie vor.

Weit kritischer ist zu bewerten, dass das Bundesministerium der Finanzen ermächtigt wird, in die Geschäftspolitik der gestützten Banken einzugreifen. Wie das konkret aussehen kann, bleibt im Gesetz vage. Die Schließung oder der Verkauf von Geschäftsbereichen ist nicht ausgeschlossen. Angesichts der offensichtlichen Versäumnisse, die es bei der Beaufsichtigung von Banken mit einem hohen staatlichen Eigentumsanteil wie der KfW und ihrer Tochtergesellschaft IKB gegeben hat, ist die mögliche Kontrolle des Bundes über angeschlagene Kreditinstitute wohl nicht unbedingt ein Garant für ein besseres (Krisen-)Management. (Red.)



Rüdiger Wiechers

#### Zum 65. Geburtstag

Zu den wohl auffälligsten Eigenschaften von Rüdiger Wiechers gehört eine unerhörte Leidenschaft – für das Bausparen, die Stadtentwicklung, die Immobilie und seinen Wohnort Bad Vilbel. Die Begeisterung, mit welcher er dabei stets ans Werk geht, ist auch mit 65 Jahren ungebrochen. Wohnwirtschaftliche Themen, denen sich der gebürtige Münsteraner mit dem gewohnten Fleiß widmet, findet der

Umtriebige auch heute zur Genüge. Dabei steht mittlerweile nicht mehr allein das Bausparen im Vordergrund, um dessen Imagepflege er sich stets hingebungsvoll kümmerte. Wiechers gefällt sich durchaus in der Rolle des Pfadfinders. Als Gründungsvorstand der Dresdner Bank Bauspar AG, prägte er nicht nur die Bausparlandschaft mit, sondern versuchte sich auch als Erster an der Einführung einer „umgekehrten Hypothek“, die den Verkauf des Eigenheims gegen eine Rente bei gleichzeitigem lebenslangem Wohnrecht vorsah. Und die Ideen gehen dem Stadtrat von Bad Vilbel noch längst nicht aus. Mit großem Engagement bewirbt er neue Wohnformen und hat die Stadtentwicklung zu seinem Thema gemacht. Die Redaktion freut sich, ihrem Mitherausgeber und Autor aufs Herzlichste zu gratulieren.

Am 14. November 1943 im westfälischen Münster geboren, hatte Wiechers BWL studiert, bevor er 1970 seine berufliche Laufbahn unter Ludwig Poullain in der Westdeutschen Landesbank begann. Dort in der zugehörigen LBS zunächst für Presse und Marketing zuständig, wechselte er 1983 in die Geschäftsleitung der LBS Hessen. Diese verließ er 1989, um in der Dresdner Bank eine Bausparkasse aufzubauen, die er nach der Übernahme des Konzerns durch die Allianz mit deren Bausparkasse zur Allianz Dresdner Bauspar AG zusammenführte. Bis zu seinem Ausscheiden im Juni 2004 verantwortete er im fusionierten Institut Marketing und Vertrieb.

### Der ewig Lächelnde

Während der Pfandbriefmarkt brachliegt, kann einer unentwegt weiterlächeln: Gerhard Bruckermann. Dabei hat der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Depfa Bank plc, Dublin, einen beträchtlichen Anteil daran, dass das Premiumprodukt des deutschen Kapitalmarkts ebenfalls in den Strudel der Finanzmarktkrise geraten ist, gegen den es sich solange wehren konnte. Denn die aktuelle Unpassierbarkeit dieses Refinanzierungsweges ist vor allem eine Folge der Beinahe-Pleite der Hypo Real Estate (HRE). Immerhin gehört dieses Institut mit einem Anteil von rund 15 Prozent zu den Schwergewichten im deutschen Pfandbriefmarkt.

Aber nicht wegen falscher Risikoeinschätzungen in der Immobilienfinanzie-

rung hat das Institut gefährlich Schlagseite bekommen, sondern weil der erst im August 2007 erworbene Staatsfinanzierer Depfa einen zu heißen Reifen bei der Fristentransformation gefahren hat. Dies hatte Bruckermann nicht nur wesentlich mitzuverantworten, sondern auch vorangetrieben.

Dass die Spekulationen der Depfa die Hypo Real Estate fast in die Pleite trieben und den Pfandbrief in Bedrängnis bringen, dürfte Bruckermann indes wenig berühren, war er doch ohnehin nie ein Freund der Immobilie. Das entsprechende Geschäftsfeld hatte Bruckermann im Jahr 2002 abgestoßen und mit einer Menge Probleme in die Aareal Bank gepackt. Doch auch den Pfandbrief belächelte der Depfa-Chef nur. Zu reguliert, zu kompliziert, zu teuer sei der Pfandbrief, mäkelte er und setzte stattdessen lieber auf irische Asset Covered Securities (ACS). Diese versprachen nicht nur größere Freiheitsgrade, sondern kamen auch mit deutlich weniger Kontrolle seitens des Staates und seiner Bankenaufsicht aus. Dazu war es allerdings von Vorteil, die Gesellschaft nach Irland zu verlegen, indem aus der hiesigen Muttergesellschaft Deutsche Pfandbriefanstalt im Jahr 2002 ein Tochterunternehmen der irischen Depfa Bank plc wurde.

Und noch einen Vorteil bot die irische Gesetzgebung: Vorstandsvergütungen müssen nicht offen gelegt werden. Die konnte sich Bruckermann faktisch selbst genehmigen, sah doch die irische Bankenaufsicht kein Problem darin, dass er sowohl im Vorstand wie im Aufsichtsrat den Vorsitz inne hatte. Dass sich diese besondere Position noch weiter stärken lässt, wenn die üppigen Boni als Aktien und Aktienoptionen des Unternehmens ausgezahlt werden, hatte der Jurist durchaus verstanden.

Ein Problem hatte die Umkehr des Mutter-Tochter-Verhältnisses jedoch. Das Eigenkapital des Konzerns war höchst ungünstig verteilt. Ein erheblicher Teil lag bei der deutschen Tochter, die jedoch immer weniger Bedarf dafür hatte, während das Dubliner Konstrukt dringend eine breitere Kapitalbasis brauchte, um im margenschwachen Staatskreditgeschäft ein auskömmliches Volumen zu generieren und mit wesentlich potenteren Wettbewerbern mithalten zu können.

Deshalb bemühte sich Bruckermann intensiv um einen Verkauf der deutschen

## Bankenchronik

### *Depfa - Deutsche Pfandbriefbank*

- 1922 Gesetz zur Gründung eines Spezialinstituts für die Finanzierung des Klein-Wohnungsbaus in Preußen, Aufnahme des Geschäftsbetriebs der „Preußischen Landespfandbriefanstalt“ in Berlin
- 1934 Organ der staatlichen Wohnungspolitik
- 1945 Unterstellung unter das Gesetz Nummer 52 und damit der amerikanischen Militärbehörde, Verlust der hypothekarischen Rechte in Ostberlin und der sowjetischen Besatzungszone
- 1949 Sitzverlegung nach Wiesbaden
- 1954 Übertragung der Beteiligung Preußens auf den Bund; Namensänderung in „Deutsche Pfandbriefanstalt“ und Firmierung als bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts
- 1976 Satzungsänderung und Einführung der Steuerpflicht des Unternehmens
- 1979 Mehrheitsbeteiligung an der Deutschen Bau- und Bodenbank AG, Frankfurt am Main
- 1990 Umwandlung der Depfa in eine Aktiengesellschaft
- 1991 Privatisierung mittels Börsengang
- 1998 Austritt aus dem Verband deutscher Hypothekenbanken aufgrund unterschiedlicher Auffassungen über die Notwendigkeit des Spezialbankstatus für das Recht zur Pfandbriefemission
- 2002 Aufspaltung in den Staatsfinanzierer Depfa Bank plc, Dublin, und den Immobilienfinanzierer Aareal Bank AG, Wiesbaden
- 2007 100-prozentige Tochtergesellschaft der Hypo Real Estate Holding AG, München

Tochtergesellschaft, die immerhin die Pfandbrieflizenz besitzt. Allerdings schreckte der hohe Preis potenzielle Käufer ab. Gänzlich unverkäuflich wurde die Bank schließlich, als sicher war, dass das Spezialbankenprinzip als Voraussetzung für die Emission von Pfandbriefen mit dem Pfandbriefgesetz entfallen wird.

Doch nicht nur bei den Verkaufsverhandlungen hatte sich Bruckermann verzockt. Auch die Wette gegen den Markt wurde zunehmend schwieriger. Die Depfa hatte versucht, langfristige Positionen kurzfristig zu refinanzieren. Das geht solange gut, wie die Zinskurve normal ist, langfristige Zinsen also deutlich höher als kurzfristige sind. Doch diese Arbitrage wurde zunehmend kleiner. Aufpoliert wurde der bereits deutlich nachlassende Geschäftserfolg durch den Verkauf von Anleihepapieren, deren Erlöse im Jahr 2006 immerhin 60 Prozent der Gesamterträge ausmachten. Anziehende Zinsen machten allerdings auch dieses Geschäft schwieriger.

Chancen bot dagegen die internationale Finanzierung von öffentlich-privaten Infrastrukturen. Hierfür verfügte die Depfa jedoch über zu wenig Eigenkapital, um am Wachstumsmarkt partizipieren zu können. Folglich suchte Bruckermann einen Partner. Dem HRE-Vorstand waren die Probleme der Depfa durchaus bewusst und wurden trotz 18 Monate andauernden Verhandlungen am Ende doch falsch eingeschätzt.

Für den Vorstandsvorsitzenden der Depfa war die Transaktion dagegen höchst ertragreich. Allein durch den Verkauf seiner Depfa-Aktien soll Bruckermann über 100 Millionen Euro Erlöse haben. Dass Bruckermann seine Kandidatur für den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitz der HRE kurzfristig zurückzog, erregte bereits Misstrauen. Inzwischen widmet sich der selbst ernannte Hobbylandwirt einer ganz anderen „Liquidität“. Aber vielleicht hat er ja mit dem Orangenanbau unter Spaniens Sonne und der Herstellung von Fruchtsäften nachhaltigeren Erfolg. (Red.)